

ter und mehr als 5.000 daoistische Stätten. Pünktlich zum Kongress konnte eine der wichtigsten heiligen Stätten des Daoismus, der Aussichtsturm Louguantai bei Xi'an, Besuchern wieder zugänglich gemacht werden. Dieser war während der Kulturrevolution im Rahmen der Bekämpfung feudalistischer Relikte zerstört worden. (RMRB website, 23.4.07, nach BBC PF, 27.4.07; FAZ, 25.4.07; Xinhua, 28.12.06, 23.4.07)

## **Bildung und Wissenschaft**

Katrin Willmann

### **Wan Gang neuer Wissenschaftsminister**

Die chinesische Regierung ernannte im April 2007 Dr. Wan Gang, Präsident der Shanghaier Tongji-Universität, zum neuen Minister für Wissenschaft und Technologie. Er ersetzt damit Xu Guanhua, der dieses Amt seit 2001 bekleidete. Der 55-jährige Wan füllt unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao als einziges Nicht-KP-Mitglied ein solch hohes politisches Amt aus. Wan Gang ist stellvertretender Vorsitzender der demokratischen Partei für öffentliche Interessen (*Zhi Gong-Dang*). Damit zeigt sich, dass für die Zusammenstellung des Regierungskabinetts zunehmend qualitative Kriterien angelegt werden.

Wan weist umfassende internationale Erfahrung im Forschungsbereich auf und fügt sich somit bestens in die chinesische Entwicklungsstrategie, die für mehr Nachhaltigkeit und Innovation eintritt, ein.

Nach seinem Studium, seiner Promotion in den Ingenieurwissenschaften und einigen Jahren Lehrtätigkeit an der Clausthal-Universität in Deutschland war er beim Audi-Konzern in einer Leitungsfunktion im Forschungsbereich tätig. Er verbrachte insgesamt 15 Jahre in Deutschland. Im Jahr 2000 folgte Wan dem Ruf des damaligen Wissenschaftsministers, an der renommierten Tongji-Universität in Shanghai das Center of Automotive Engineering aufzubauen. Sein Arbeitsschwerpunkt lag in der Entwicklung eines Brennstoffzellenantriebs, um ab 2012 die erste Massenproduktion von wasserstoffbetriebenen Autos in der VR China durchführen zu können.

Von 2002 bis 2004 bekleidete Wan das Amt des Vizepräsidenten der Tongji-Universität, 2004 wurde er Präsident. Noch in dieser Funktion beging Wan Gang im Mai dieses Jahres die Feierlichkeiten zum hundertjährigen Bestehen der Tongji-Universität. Zu den internationalen Gratulanten zählten der deutsche Bundespräsident Horst Köhler sowie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder. 1907 war die heutige Spitzenuniversität als deutsche Medizinhochschule vom deutschen Arzt Erich Paulun gegründet worden, 1927 wurde sie zu einer staatlichen Universität umgewandelt. Heute zählt die Tongji-Universität 41.000 Studenten und ist – anknüpfend an die deutschen Wurzeln – Sitz des Chinesisch-Deutschen Hochschulkollegs und der Chinesisch-Deutschen Fachhochschule. (www.bfai.de, 18.5.07; Xinhua, 27.4.07; XNA, 20.5.07; HB, 18., 19., 20.5.07)

## Maßnahmen gegen Braindrain

Chinesische Auslandsstudierende standen im Berichtszeitraum April bis Mai 2007 verstärkt im Fokus der chinesischen Politik. Grund hierfür ist das Problem des Brain-drain, also das Abwandern bzw. der Verlust gut ausgebildeter Akademiker in/an das Ausland. Dieses Problem sei gemäß einer im Februar veröffentlichten Studie der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften (CASS) im internationalen Vergleich in China besonders gravierend.

Nach offiziellen chinesischen Statistiken studierten im Zeitraum von 1991 bis 2005 2,6 Mio. Chinesen im Haupt- oder Promotionsstudium im Ausland, zurückgekehrt sind von diesen bislang lediglich 76.021. Zwar steigt die Anzahl der Rückkehrer seit Jahren, gleichzeitig nimmt aber auch die Zahl der Auslandsstudierenden zu. Die beliebtesten Länder für chinesische Auslandsstudierende sind die USA, Großbritannien, Japan und Frankreich.

Mehr als 300.000 hoch qualifizierte Chinesen arbeiten im Ausland in Industrien mit hoher Wertschöpfung. Der Verlust für die chinesische Volkswirtschaft, die weltweit mittlerweile den vierten Platz einnimmt, wird von Experten als verheerend angesehen, zumal diese Arbeitskräfte für die Umsetzung der zukunftsweisenden Strategie der eigenständigen Innovationen benötigt würden. Die Hoffnung der Regierung ist daher, dass die chinesische Diaspora wie in der Vergangenheit Geld und Managementwissen für den Sprung in die verarbeitende Industrie nun verstärkt für die innovativen Hightechindustrien bereitstellen.

Um die Rückkehr nach einem Auslandsstudium attraktiver zu gestalten, werden seit Jahren zahlreiche Maßnahmen unternommen. In einem jüngsten Versuch einigten sich 16 zentralstaatliche Behörden, darunter auch das Bildungs- und Personalministerium, auf eine gemeinsame Absichtserklärung. Darin verpflichten sie sich, besonders qualifizierten Akademikern wie international etablierten Wissenschaftlern, Pionieren und Teamleitern in speziellen Forschungsbereichen bei einer Rückkehr nach China eine bevorzugte und lukrative Behandlung zukommen zu lassen. Als Anreize sollen höhere Gehälter, Gratifikationen und staatliche Forschungsfonds sowie Arbeitsplätze und Bildungsprivilegien für Ehepartner und Kinder dienen. Diese Türen stehen bislang nur den Besten offen. Die anderen sehen sich nach einer Rückkehr mit Schwierigkeiten bei der Suche nach gut bezahlten Jobs, bilingualen Schulen für die Kinder und großer Konkurrenz in den Großstädten konfrontiert. Anfang Mai dieses Jahres richtete das Chinesische Servicezentrum für wissenschaftlichen Austausch (CSCSE) deshalb ein Internetportal für Karriereservice ein, um durch ein großes Informationsangebot die Arbeitsplatzsuche für alle Rückkehrer zu erleichtern. (ST, 6.5.07; SCMP, 31.3.07; XNA, 11.5.07; FT, 1.5.07; *China Statistical Yearbook 2006*)

## Stagnation bei den Schul- und Studiengebühren?

Das chinesische Bildungsministerium fror Ende Mai 2007 die Höhe der Schul- und Studiengebühren auf dem Niveau des Wintersemesters 2006 ein. Es setzt damit dem



stetigen Anstieg der Gebühren vorerst ein Ende. Bis wann diese Regelung in Kraft bleiben wird, wurde zunächst nicht bekannt. Diese Maßnahme ist Bestandteil der neuen Richtlinien zur Einführung eines Systems finanzieller Hilfe für Hochschul- und Berufshochschulstudierenden aus ärmeren Familien. Darüber hinaus reagiert die Regierung auf den von der Öffentlichkeit wahrgenommenen und kritisierten Anstieg der Schulgebühren.

Hochschulen sind nun angehalten, ihre Bankschulden durch Kreditaufnahme für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur im Zuge der gestiegenen Studierendenzahlen seit der Bildungsexpansion 1999 nicht weiter auf die Studierenden abzuwälzen (C.a., 2/2007:132-133). Das Bildungsministerium versprach, als Kompensation zusätzliche Haushaltsgelder von der Zentralregierung anzuweisen. Die Kosten für ein Studium inklusive der legalen Studiengebühren, Unterbringung und Lebenshaltungskosten liegen durchschnittlich bei 10.000 CNY pro Jahr und können je nach Qualität der Universität auf bis zu 40.000 CNY steigen. Illegale Schulgebühren sollen seit 2002 gemäß einem neuen Bericht der Zentralen Disziplinarkommission der KPCh in Höhe von 1,7 Milliarden CNY erhoben worden sein.

Nachdem die Studiengebühren für arme Studierende aller Provinzen seit Beginn dieses Jahres sukzessive fallen, wurde Studienanfängern für das Lehramt an sechs Universitäten in Beijing, Shanghai, Changchun, Wuhan, Xi'an und Chongqing im Mai dieses Jahres ebenfalls in Aussicht gestellt, von Studiengebühren und den Kosten für die Unterbringung befreit zu wer-

den. Mit diesem Angebot ist eine Lösung für das Problem des Lehrermangels, zum einem landesweit, zum anderen vor allem an ländlichen Schulen, verknüpft. So verpflichten sich die Lehramtsstudierenden bei Annahme dieses Vorschlags dazu, mindestens zehn Jahre nach dem Studienabschluss an Grund- oder Mittelschulen und davon die ersten zwei Jahre an ländlichen Schulen zu unterrichten.

Inwieweit dieses staatliche Angebot angenommen und zur Behebung des Lehrermangels in den ländlichen Gebieten beitragen wird, lässt sich nur schwer einschätzen. Bisherige Versuche, Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen zur Arbeitsaufnahme außerhalb der boomenden Küstenregionen und Städte zu bewegen, waren noch nicht von großem Erfolg gekrönt. (XNA, 16., 21.5.07; SCMP, 22.5.07)

## Beijing erhöht Bildungsausgaben

Die Bildungsbehörde der regierungsunmittelbaren und Hauptstadt Beijing kündigte im Mai 2007 an, ihre Bildungsausgaben in den nächsten Jahren auf 40 Mrd. CNY zu erhöhen und somit nahezu zu verdoppeln. Sie wolle weiterhin die Qualität der ländlichen Bildung erhöhen und den Schülern eine „zufrieden stellende“ Bildung zuteil werden lassen.

Nach Aussagen des Beijinger Parteisekretärs Liu Qi könnte sich Beijing damit dem nationalen Ziel, die Bildungsausgaben bis 2010 auf 4des BIP zu steigern, nähern. Die Ausgaben von 23,5 Mrd. CNY im vergangenen Jahr hätten bereits einen Anteil am lokalen BIP von 3bedeutet.

Exemplarisch für die bekannten Probleme im gesamtchinesischen Bildungssektor

merkte Liu Qi allerdings selbstkritisch an, dass nicht die Ausgabenhöhe das Hauptproblem im Bildungssektor Beijings sei. Stattdessen sei es notwendig, die Ausgabenverteilung rational zu gestalten und Investitionen insbesondere in den unterfinanzierten Bereichen zu tätigen. Hierzu zählte er die ländlichen Grund- und Mittelschulen im Beijinger Umland gegenüber den städtischen. Ferner würden die wenigen Schwerpunktschulen zu sehr bevorzugt. Um diesen Problemen zu begegnen, werde angestrebt, die Lehrergehälter zu erhöhen, um Lehrtätigkeiten überall attraktiv zu machen und dem Leitungspersonal von Schulen entsprechende Weiterbildung im Bereich Management anzubieten. Schwerpunktschulen sollten darüber hinaus angehalten werden, Niederlassungen in entlegenen Gebieten zu gründen.

Die Hauptstadt Beijing strebe an, in fünf Jahren eine kostenlose neunjährige Schulausbildung für alle Schüler anzubieten. Angesichts der Tatsache, dass die chinesische Hauptstadt im Bildungsbereich noch weit hinter Metropolen wie New York und Tokyo liege, mahnten chinesische Bildungsexperten an, die Schulpflicht noch weiter auf zwölf Jahre auszudehnen. (XNA, 20.5.07)

### **Analphabetentum nimmt zu**

Unter Berufung auf Gao Xuegui, Direktor des Büros zur Beseitigung des Analphabetismus – angesiedelt im Bildungsministerium –, meldete *China Daily* am 2. April 2007, dass die Zahl der Analphabeten in China von 2000 bis 2005 um 30 Mio. Menschen zugenommen habe. Obwohl in dieser Zeit über 9,75 Mio. Erwachsene lesen

und schreiben gelernt hätten, wuchs die Zahl der Analphabeten auf 116 Mio. (2000 waren es noch 87 Mio.). Damit machen die chinesischen Analphabeten 15,01% aller Analphabeten in der Welt aus (2000 waren es noch 11,3%). Als Analphabet gilt jeder, der nicht mind. 1.500 Schriftzeichen lesen und schreiben kann.

Die Entwicklung ist nicht nur beunruhigend, weil Chinas Kommunisten bereits nach der Revolution 1949 die Beseitigung des Analphabetismus auf ihre Fahnen schrieben und sich von diesem Ziel seit Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen wieder entfernt haben. China könnte ggfs. auch das Ziel einer 50%-igen Reduktion der Analphabeten bis 2015 nicht erreichen, das von der UNESCO projiziert wurde. Beunruhigend ist auch die sich wandelnde Demografie: Die unterentwickelten westlichen Regionen haben nur noch rund 40 Mio. Analphabeten, während die zentralen und östlichen Teile Chinas mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte zwei Drittel von ihnen beherbergen. Allein in der Provinz Shandong gibt es 9,63 Millionen.

Als Gründe führt Gao an, dass die Bedeutung von Bildung in der Marktwirtschaft von Teilen der Bevölkerung geringer geschätzt wird. Wenn z.B. Bauern durch einfache Arbeit in der Industrie mehr verdienen, dann neigten sie zur Vernachlässigung der neunjährigen Schulpflicht. Ironischerweise verführten auch die früheren Erfolge im Kampf gegen Analphabetismus lokale Regierungen dazu, die entsprechenden Abteilungen abzuschaffen. Viele Jugendliche auf dem Lande verlassen die Schulen, um in den Städten nach Arbeit zu suchen. Insofern steigt die Analphabe-



tenrate in den Städten, vor allem unter Migranten, und Analphabetismus wandelt sich: Nicht mehr vorenthaltene Bildung, sondern Bildungsabbruch ist kennzeichnend. 86% der neuen Analphabeten von 30 Mio. Menschen sind zwischen 15 und 50 Jahre alt, was bedeutet, dass die neunjährige Schulpflicht nicht greift. (CD, 2.4.07; ST, 3.4.07; SCMP, 4.5.07)

## **Gesellschaft**

Günter Schucher und Ole Döring

### **Neue Regeln zur Meldung von Arbeitsunfällen**

Kein Tag vergeht, an dem in China nicht ein Kohlebergarbeiter ums Leben kommt, im Jahr 2006 waren es sogar durchschnittlich 13 pro Tag, insgesamt 4.746 Menschen. Der Kohlebergbau ist damit die Industrie mit den meisten arbeitsbedingten Todesfällen in China. Aber sie ist nicht die einzige, in der die Bestimmungen zur Arbeitssicherheit nicht eingehalten werden oder zu unvollständig sind. In der Metall verarbeitenden Industrie stieg die Zahl der Unfälle im Jahr 2006 um 28,6% gegenüber dem Vorjahr auf 270, getötet wurden 244 Arbeiter, 48% mehr als im Jahr 2005. Häufig steigen die Todeszahlen noch, weil die Minen- oder Firmenbesitzer versuchen, die Vorfälle zu verschweigen, und somit die Rettungsarbeiten verzögern. In den ersten vier Monaten des Jahres 2007 soll die Zahl der Toten durch Arbeitsunfälle nach offiziellen Angaben der State Administration of Work Safety (SAWS) zwar um 12,8% auf 30.753 gesunken sein, aber auch die

SAWS musste eingestehen, dass die Kohleminen im April wieder eine um 2,1% höhere Zahl gemeldet haben. Der Trend scheint sich also wieder umzudrehen – und einer der Gründe, so SAWS-Direktor Li Yizhong, ist die Kumpanei von Beamten und Betreibern sowie die Nachlässigkeit der Aufsichtsbehörden gegenüber illegalen Unternehmen. Die Zahl großer Minenunfälle, bei denen zwischen drei und neun Bergleute getötet wurden, stieg im April gegenüber dem Vorjahr um 75%, die Zahl der Toten um 90%.

Eine Antwort darauf soll eine chinaweite Kampagne von Mai bis September sein, die Sicherheitslücken finden und stopfen soll. Der Erfolg einer solchen Kampagne bleibt aber abzuwarten. So sollen z.B. alle Minen mit einer Jahreskapazität von unter 30.000 Tonnen geschlossen werden, unabhängig von ihren Unfallmeldungen. Diese Minen sind überwiegend Kleinstadt- und Dorfunternehmen in der Hand lokaler Unternehmer. Sie florierten mit der Unterstützung der Zentralregierung seit den 1980er Jahren, um den steigenden Energiebedarf zu decken. Bis 1991 sollen sie von rund 10.000 auf 100.000 zugenommen haben; ab 1997 gibt es Bestrebungen, die Zahl zu reduzieren. Bis 2006 sollen sie daraufhin auf 16.000 abgenommen haben, für 2007 ist eine Reduktion auf 10.000 geplant. Diese Zahlen sind jedoch in keinsten Weise verlässlich, da man davon ausgehen muss, dass nach Bekanntgabe der neuen politischen Richtlinien 1997 viele Minen gar nicht mehr gemeldet wurden. Immer wieder nahmen ausländische Beobachter die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen Wachstumswerten und den Steigerungsrä-